

Gemeinsam gegen Ausgrenzung und für ein gerechtes Gesundheitssystem!

Berlin, 18. Februar 2025 – 136 Akteure aus dem Sozial- und Gesundheitsbereich erheben ihre Stimme gegen Ausgrenzung und für einen verbesserten Zugang zu gesundheitlicher Versorgung für alle. Sie sind besorgt über populistische und menschenverachtende Aussagen bis weit in die politische Mitte hinein, die die berechnete Unzufriedenheit mit dem Gesundheitssystem vieler Menschen nutzen, um gegen Migrant*innen, geflüchtete und armutserfahrene Personen, Menschen mit Behinderungen und andere sozial benachteiligte Gruppen zu hetzen. Stattdessen muss eine neue Bundesregierung das Thema Gesundheit wieder hoch auf die Agenda setzen und die Frage angehen, wie der Zugang zu Gesundheitsversorgung für alle in Deutschland lebenden Menschen verbessert werden kann.

Gesundheit ist ein Menschenrecht! Deutschland hat sich in internationalen Verträgen verpflichtet, gesunde Lebensbedingungen und einen diskriminierungsfreien Zugang zur gesundheitlichen Versorgung für die gesamte Bevölkerung sicherzustellen.

Wir - das sind Sozial- und Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, Verbände für Menschen mit Behinderungen, humanitäre und Menschenrechtsorganisationen, Migrant*innenorganisationen, Patient*innen- und Selbstvertretungen und viele mehr - **erleben täglich, wie ungleich die Chancen von Menschen sind, gesundheitliche Versorgung zu erhalten.** Viele Menschen in Deutschland stehen vor massiven Barrieren, wenn sie gesundheitliche Versorgung benötigen. Besonders betroffen sind wohnungslose, geflüchtete und armutserfahrene Menschen sowie Menschen ohne Krankenversicherung oder mit Behinderungen.

Die Hindernisse im Zugang zur Gesundheitsversorgung sind für benachteiligte Bevölkerungsgruppen besonders sichtbar, betreffen aber auch die breite Bevölkerung. Lange Wartezeiten auf Termine, fehlende Angebote im ländlichen Raum oder in ärmeren Stadtteilen, Ungleichbehandlung zwischen privat und gesetzlich Versicherten, Sprachbarrieren, fehlende Informationen und bürokratische Hürden sind nur einige Beispiele struktureller Diskriminierung. Diese Barrieren werden durch eine Ausrichtung des Gesundheitswesens auf ökonomischen Gewinn verstärkt. Sie führt dazu, dass Angebote nicht dem Bedarf entsprechend, sondern auf der Grundlage von Profitchancen auf- und ausgebaut werden.

Von einem niedrigschwellig zugänglichen und gerechteren Gesundheitssystem würden alle Menschen in Deutschland profitieren. Positive Erfahrungen und Lösungsansätze gibt es bereits, sowohl international als auch in Deutschland. Erste Ansätze zur Stärkung einer niedrigschwelligen, multiprofessionellen

Primärversorgung und zum Ausbau eines diversen, inklusiven und barrierefreien Gesundheitswesens wurden in der letzten Legislaturperiode intensiv diskutiert. Strukturelle Verbesserungen sind aber letztlich nicht auf den Weg gebracht worden.

Der daraus entstehende Frust bildet einen gefährlichen Nährboden für Ressentiments und Populismus, der genutzt wird, um gegen Migrant*innen, geflüchtete und armutserfahrene Personen, Menschen mit Behinderungen und andere sozial benachteiligte Gruppen Stimmung zu machen. Dabei bedienen sich längst nicht mehr nur Rechtsextreme ausgrenzender und menschenverachtender Narrative. Bis weit in die politische Mitte hinein werden – oftmals auf faktisch falschen Behauptungen basierend – Ängste geschürt und Feindbilder erzeugt, die die Gesellschaft spalten. Davon profitieren, wie man inzwischen nachweisen kann, allerdings vor allem rechtsextreme Parteien.

So werden Gruppen gegeneinander ausgespielt, strukturelle Probleme aber nicht angegangen. Mehr noch: Eine Politik, die Grenzen schließen, Migration verhindern und Sozialleistungen für ohnehin marginalisierte Personengruppen abschaffen will, wird strukturelle Diskriminierungen in unserer Gesellschaft weiter befördern und den Zugang zu gesundheitlicher Versorgung für weite Teile der Bevölkerung sogar verschlechtern. Bereits bestehende Probleme im Zugang, strukturelle Ungleichbehandlung und Ungerechtigkeit in der Gesundheitsversorgung werden zunehmen. Bei weiterem Erstarken rechtsextremer Kräfte fürchten wir auch den Wegzug des Gesundheits- und Pflegepersonals mit eigener oder familiärer Migrationsgeschichte. Dabei ist unser Gesundheitssystem dringend auf diese Fachkräfte angewiesen.

Diese Spaltungstendenzen möchten wir nicht länger hinnehmen! In der Initiative Gesundheit Unteilbar vereinen sich Akteure der Zivilgesellschaft und des Gesundheitswesens. Gemeinsam möchten wir diesen Entwicklungen zwei Dinge entgegensetzen:

1. **Ein klares Bekenntnis zur Solidarität und gegen das Ausspielen verschiedener Gruppen gegeneinander.** Jeder Mensch in Deutschland hat das Recht auf notwendige gesundheitliche Versorgung, niemand darf dabei diskriminiert werden!
2. **Gemeinsame Lösungen für einen diskriminierungsfreien und gerechten Zugang zum Gesundheitssystem.** Barrierefreiheit in der Gesundheitsversorgung kommt allen zugute, nicht nur marginalisierten Bevölkerungsgruppen. Unser Netzwerk vereint Expert*innen unterschiedlicher Fachgebiete, die konkrete Vorschläge und Forderungen für notwendige Verbesserungen im Gesundheitswesen haben.

Die wichtigsten Forderungen auf einen Blick:

- Ein einheitliches Krankenversicherungssystem, das alle in Deutschland lebenden Menschen einschließt, bedarfsgerecht versorgt und das durch alle nach ihren Möglichkeiten sozial gerecht und nachhaltig finanziert wird
- Multiprofessionelle Primärversorgung (verschiedene Gesundheitsdienste unter einem Dach) - wohnortnah, niedrigschwellig und bedarfsgerecht
- Barrierefreie Praxen und Krankenhäuser; für alle verständliche Informationen, auch in einfacher Sprache und Gebärdensprache
- Transparente und gerechte Terminvergabesysteme
- Bedarfsplanung, die sozioökonomische Faktoren stärker in den Blick nimmt
- Gemeinwohlorientierte, miteinander verzahnte ambulante und stationäre Gesundheitsversorgung, inkl. Notfallversorgung
- Verstetigte und ausreichend finanzierte niederschwellige gesundheitliche und psychosoziale Versorgungsangebote für marginalisierte Bevölkerungsgruppen mit spezifischen Bedarfen (z. B. geflüchtete, von Gewalt betroffene oder wohnungslose Menschen)
- Stärkere Berücksichtigung von Prävention und Gesundheitsförderung sowie (psycho)sozialen Faktoren im Gesundheitswesen
- Flächendeckend qualifizierte Sprachmittlung in der Gesundheitsversorgung
- Anti-Diskriminierungstrainings und Entwicklung von diversitätsorientierter Kompetenz in der Aus- und Fortbildung für Gesundheitsberufe sowie die Verankerung in Curricula und institutionellen Strukturen
- Lob- und Beschwerde-Strukturen zur Meldung von Diskriminierungsvorfällen in Versorgungseinrichtungen sowohl für Gesundheitspersonal als auch Patient*innen

Als Initiative Gesundheit Unteilbar fordern wir, dass die politische Debatte sich wieder darum dreht, wie gesundheitliche Versorgung wirklich für alle verbessert werden kann.

Unterzeichnende Organisationen:

- Abschiebehaftberatung Nord
- Aktionsbündnis gegen AIDS
- Anonymer Krankenschein Bonn e.V.
- Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokrat:innen im Gesundheitswesen Hessen-Süd
- Armut und Gesundheit in Deutschland e.V.
- Armutsnetzwerk e.V.
- ARWED e.V.
- Ärzte der Welt e.V.
- Attac Deutschland
- Aufbruch Gesund & Gerecht
- AWO Bundesverband
- AWO Landesverband Berlin e.V.
- AWO Rostock Sozialdienst gGmbH
- BACK Bundesarbeitsgemeinschaft Anonymer Behandlungsschein und Clearingstellen für Menschen ohne Krankenversicherung
- BAfF e.V. - Bundesweite Arbeitsgemeinschaft Psychosozialer Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer
- BaWaBs e.V. - Baden-Württembergischer anonymer Behandlungsschein
- Bayerischer Flüchtlingsrat e.V.
- Beauftragter für Partizipation und Integration - Bezirksamt Lichtenberg von Berlin, Fabian Nehring
- Berliner Bildungscampus für Gesundheitsberufe gGmbH
- Berliner Zentrum für Selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen e.V.
- Bischof-Hermann-Stiftung Münster
- BKE Landesverband NRW e.V.
- BUMAH – Bundesfachverband zur Unterstützung von Menschen in Abschiebehaft
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Patientenstellen BAGP
- Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V.
- Bundesfachverband Minderjährigkeit und Flucht (BuMF) e.V.
- Bundesverband evangelische Behindertenhilfe e.V. (BeB) - der evangelische Fachverband für Teilhabe
- Bundesverband Netzwerke von Migrant*innenorganisationen (NeMO) e.V.
- Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V.
- Bundesverband Trans*
- Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V.
- CABL e.V. - Clearingstelle und Anonymer Behandlungsschein Leipzig
- Café 104 - Aufenthaltsrechtliche Beratung für Menschen ohne Papiere
- Care Revolution Rhein-Main
- Caritasverband Hannover e. V.
- Cochlea Implantat Verband NRW e.V.
- Condrobs e. V.
- DAG SHG - Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V.
- Der Paritätische Gesamtverband
- Deutsche Aidshilfe
- Deutsche Gesellschaft für Geschlechtsspezifische Medizin e.V. (DGesGM)
- Deutsche Gesellschaft für Public Health e.V.
- Deutsche Gesellschaft für Systemische Therapie, Beratung und Familientherapie (DGSF e.V.)
- Deutsche Vereinigung für Soziale Arbeit im Gesundheitswesen e. V. (DVSG)
- Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e. V.
- Deutscher Gehörlosen-Bund e. V.
- Deutscher Hebammenverband e. V.
- Deutscher Pflegerat e.V.
- DGB Bundesvorstand
- Diakonie Deutschland
- Empowerment für Diversität - Allianz für Chancengleichheit in der Gesundheitsversorgung
- Fachstelle für Sexualität und Gesundheit – Aidshilfe Münster e.V.
- Feministische Medizin e.V.
- Flüchtlingsrat Berlin e.V.
- Flüchtlingsrat Brandenburg e.V.
- Flüchtlingsrat Bremen
- Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.
- Forum interkulturelles Leben und Lernen e.V. (FiLL)

- GEBEWO pro gGmbH
- GePGeMi e.V. -Gesellschaft für Psychosoziale Gesundheitsförderung bei Migrant*innen-
- Gesellschaft gegen Gewichtsdiskriminierung e.V.
- Gesundheit für Alle! - Clearingstelle für Gesundheitsversorgung Hannover
- Gesundheitsladen München e.V.
- Gesundheitsmobil Lübeck
- GGUA Flüchtlingshilfe e.V.
- GLJ- Interkulturelle Trainings & Beratung
- Handicap International e.V. – Crossroads
- hoffnungsorte hamburg / Verein für Innere Mission - Hamburger Stadtmission
- Institut für Allgemeinmedizin
- Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e.V. (ISL)
- Internationaler Bund e.V.
- IPPNW -Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges /Ärzt*innen in sozialer Verantwortung e.V.
- Junger DBSH – Junger Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.
- Kaufpark Apotheke - Ina Lucas & Maria Zoschke OHG
- Kaufpark Apotheke, Inh.: Ina Lucas & Maria Zoschke oHG
- KLIK e.V. Rechte & Ressourcen für wohnungslose Menschen, Berlin
- KOK – Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel e.V.
- Kontaktstelle Pflege - Engagement Berlin Lichtenberg
- Koordinierendes Zentrum für traumatisierte Geflüchtete (Centra), Hamburg
- Kritische Medizin München
- kritnet – Netzwerk kritische Migrations- und Grenzregimeforschung
- Landesarmutskonferenz Rheinland-Pfalz
- Landesarmutskonferenz Sachsen-Anhalt
- Landesnetzwerk Migrant*innenorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA) e.V.
- Landesverband Sozialpsychiatrie Mecklenburg-Vorpommern e.V.
- Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen Bremen e. V. - LVG & AFS
- Law Clinic an der Bucerius Law School
- Legal Clinic Dortmund e.V.
- Lichtenberg Apotheke Ina Lucas & Maria Zoschke OHG
- Lichtenberg-Apotheke
- Liste der demokratischen Ärztinnen und Ärzte Hessen
- Maaßen-Stiftungs-gGmbH
- Medibüro Berlin
- Medibüro Chemnitz e. V.
- Medibüro Kiel e.V.
- MediNetz Bielefeld im AK Asyl e. V.
- Medinetz Dresden e. V.
- MediNetz Essen e.V.
- MediNetz Frankfurt/Offenbach
- Medinetz Gießen e.V.
- medinetz Göttingen. solidarity with migrants! e.V.
- MediNetz Jena
- MediNetz Kassel
- MediNetz Koblenz e.V.
- Medinetz Marburg e.V.
- MediNetz Rhein-Neckar e.V.
- MediNetz Würzburg e.V.
- MediNetzBonn e.V.
- Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum e.V.
- Medmissio
- MINA - Leben in Vielfalt e.V.
- MVP Bremen e.V. - Verein zur Förderung der gesundheitlichen und medizinischen Versorgung von papierlosen und nichtversicherten Menschen in Bremen e.V.
- Nationale Armutskonferenz
- netzwerk junge bechterewler NRW
- Netzwerk rassismus- und diskriminierungsfreies Bayern e.V.
- Nord-Ostdeutsche Gesellschaft für Gynäkologische Onkologie (NOGGO e.V.)
- Nordring Apotheke - Ina Lucas & Maria Zoschke OHG
- Orançengold - Gesundheitsförderung Pflegender Angehöriger
- PatientInnen-Netzwerk NRW
- Poliklinik Syndikat e. V.
- Poliklinik Veddel

- Prenzl Apotheke - Ina Lucas & Maria Zoschke OHG
- Queermed Deutschland gUG
- Saarländische Armutskonferenz e.V.
- SKM Bundesverband e.V.
- Sozialverband Deutschland e.V. (SoVD)
- Sozialverband VdK Deutschland e. V.
- STAY! Medinetz - STAY! Düsseldorfer Flüchtlingsinitiative e.V.
- Steering Committee Gleichstellung, Diversität, Inklusion an der Charité
- Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus
- Street Doc - Medizinische Versorgung für Nichtversicherte und Armutsbetroffene
- Türkisch-Deutsche Stiftung für Gesundheitsfürsorge und Präventivmedizin e. V.
- Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.
- Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.
- Verein demokratischer Ärzt*innen
- Verein demokratischer Pharmazeutinnen und Pharmazeuten e.V. (VdPP – Pharmazie in sozialer Verantwortung)
- VIA, Regionalverband Berlin Brandenburg e. V.
- Women's Health Team Hamburg
- Zukunftsforum Familie e.V.